

KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasien Studien an der Universität Passau.

Ausnahmezustand im Rakhine Staat

Am 9. Oktober 2016 kam es im Rakhine Staat zu koordinierten Attacken gegen myanmarische Grenzposten. Dabei wurden neun Polizeikräfte getötet, sowie Waffen und Munition erbeutet. Die Angreifer, die laut Regierung zu einer militanten Rohingya-Organisation gehören sollen, veranlasseten das myanmarische Militär zum Eingreifen. Seit Mitte Oktober ist der nördliche Rakhine Staat an der Grenze zu Bangladesch abgeriegelt und gehört zu einer militärischen Operationszone. Schon die gewaltsamen Konflikte 2012 führten zur Vertreibung von MuslimInnen, von denen sich viele zur Gruppe der Rohingya zählen. Sie fristen ihr Dasein seitdem als Binnenflücht-

linge in Camps. Derweil häufen sich Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, die durch die myanmarischen Streitkräfte an der lokalen, mehrheitlich muslimischen Bevölkerung im nördlichen Rakhine Staat begangen werden. Rund 70.000 Menschen sind bisher nach Bangladesch geflohen. Sowohl Organisationen der humanitären Hilfe als auch JournalistInnen und internationalen BeobachterInnen wird bislang der Zugang zum nördlichen Rakhine Staat verweigert. Die internationale Kritik an der myanmarischen Regierung wächst. Diese hat nun eine Kommission eingesetzt, geführt von Vizepräsident Myint Swe, die die Vorwürfe, das Militär habe

gemordet, gefoltert und vergewaltigt, überprüfen soll. Angekündigt sind auch Ermittlungen gegen Polizeibeamte, die gewalttätig gegen Menschen vorgegangen sein sollen. Unterdessen zeigt sich Kofi Annan, Vorsitzender einer ExpertInnen-Kommission, die Lösungsvorschläge für Frieden, Versöhnung und Entwicklung im Rakhine Staat erarbeiten soll, verärgert über die Verweigerungshaltung der buddhistischen Rakhine, ihre Perspektiven in den Prozess mit einzubringen.

Myanmar Times, 8.2.2017

Deutsche Welle, 2.1.2017

UN News Center, 16.12.2016, 6.2.2017

Voice of America, 14.12.2016

The Irrawaddy, 5.12.2016

Schwerste Kämpfe seit Jahrzehnten lassen Hoffnung auf erfolgreichen Friedensprozess schwinden

Eine Koalition von ethnischen bewaffneten Gruppen (UNFC), die sich einem inklusiven Friedensprozess verschrieben hat, verurteilt in einem Statement die erneuten Angriffe der myanmarischen Streitkräfte im Kachin- und nördlichen Shan Staat. Sie kritisieren die Regierung für ihre Untätigkeit, große Militäroffensiven zu verhindern. Die Kämpfe hätten zugenommen seit Aung San Suu Kyi und die Nationale Liga für Demokratie

(NLD) die Regierungsgeschäfte im März 2016 übernahmen. Der Friedensprozess, auf Platz 1 der Prioritätenliste der Regierung, mache kaum Fortschritte, so AnalytikerInnen. Als Antwort auf die großen Militäroffensiven, die seit August 2016 stattfanden, gründete sich die Northern Alliance, ein Zusammenschluss von Kachin Independence Army (KIO), Arakan Army, Myanmar National Democratic Alliance Army und Ta'ang National Libera-

tion Army. Die KIO weigerte sich, das landesweite Waffenstillstandsabkommen (NCA) am 15.10.2015 zu unterzeichnen, während die drei anderen Gruppen durch die damalige Regierung unter Präsident Thein Sein von dem NCA Prozess ausgeschlossen wurden. Acht von 15 eingeladenen ethnischen bewaffneten Gruppen unterzeichneten letztlich das NCA.

Fox News, 28.12.2016

Frontier Myanmar, 15.12.2016

Zweite Sonderwirtschaftszone für die Region Yangon geplant

Für die Region Yangon ist eine zweite Sonderwirtschaftszone (SWZ) geplant, die einen neuen internationalen Flughafen und Zugang zu einem Tiefseehafen beinhalten soll. Bisher operieren in der von Japan unterstützten Thilawa-SWZ nahe Yangon über 70 Firmen aus 14 Ländern. Umgesetzt wird die neue SWZ in den drei südlichen Bezirken Dala,

Kawhmu und Kungyangon. 2018 könnte mit den Arbeiten begonnen werden. Der geplante internationale Flughafen Hanthawaddy sei zu weit von Yangon Stadt entfernt, sagte Yangon Region Chief Minister Phyto Min Thein, sodass ein neuer internationaler Flughafen benötigt werde. Eine sechsspurige Straße soll die Infrastruktur verbessern. Parlamentarier Tun Yin (NLD,

Dala 1) ist hingegen besorgt, dass die SWZ die Preise für Landspekulationen erneut in die Höhe treiben könnte. Die Immobilienpreise sind in Dala bereits stark gestiegen als Gerüchte um den Bau einer Brücke aufkamen, die Dala mit Downtown-Yangon verbinden würde.

Myanmar Times, 14.12.2016

Myanmar Business Today, 23.12.2016